

## D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

### DGAA Deutschland

#### BADEN-WÜRTTEMBERG

##### Regionen und Orte

##### Baden <Land, 1945 - 1952>

##### QUELLEN

- 14-2** *Die Protokolle der Regierung von Baden* / Red.: Martin Furtwängler. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ; 1)  
[#0129]  
Bd. 3. Das dritte Kabinett Wohleb 1949 - 1952 / bearb. von Kurt Hochstuhl und Christof Strauß. - ISBN 978-3-17-022576-3 : EUR 78.00  
Teilbd. 1 (2014). - LXXX, 410 S.  
Teilbd. 2 (2014). - S. 411 - 931

Nach der Besetzung Südwestdeutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Gebiet der ehemaligen Länder Baden und Württemberg (einschließlich Hohenzollerns) zwischen der amerikanischen und der französischen Besatzungsmacht entlang der Autobahn Karlsruhe- Pforzheim-Stuttgart- Ulm aufgeteilt. Die Franzosen bildeten in ihrer südwestdeutschen Besatzungszone mit Südbaden und Württemberg-Hohenzollern zwei Länder, dem stand Württemberg-Baden als einziges Land der amerikanischen Besatzungszone im deutschen Südwesten gegenüber.

Die Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hat sich bereits seit längerem der Edition zeithistorischer Quellen aus dem Bereich der Verfassungsgeschichte verschrieben. Neben der Aufarbeitung der Kabinettsprotokolle der ehemaligen Länder Baden und Württemberg für die Weimarer Zeit<sup>1</sup> sollen nun die Regierungsprotokolle der drei südwestdeut-

---

<sup>1</sup> *Die Protokolle der Regierung der Republik Baden*. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden und Württemberg 1918 - 1933 ; 1) [#2478]. - Bd. 1. Die provisorische Regierung November 1918 - März 1919 / bearb. von Martin Furtwängler. - 2010. - XCIX, 357 S. : Ill., Kt. - ISBN 978-3-17-022055-3 : EUR 39.00. - **IFB 12-4** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz344978184rez-1.pdf> - *Die Protokolle der Regierung des Volksstaates Württemberg*. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden und Württemberg 1918 - 1933 ; 2) (Eine Veröffentlichung der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg) [#3126]. - Bd. 1. Die provisorische Regierung und das Ka-

schen Nachkriegsländer ediert werden. Das Editionsprojekt fügt sich dabei ein in eine Reihe gleichartiger Projekte anderer Bundesländer. Konkret ist an eine Edition der Regierungsprotokolle Badens, Württemberg-Hohenzollerns<sup>2</sup> bzw. Württemberg-Baden in je vier Bänden gedacht.

Der von Kurt Hochstuhl und Christof Strauß bearbeitete, hier vorliegende Doppelband bildet dabei den letzten Band der Protokolle der Regierung von Baden.<sup>3</sup> Die Edition setzt Ende Februar 1949 ein, nachdem es neuerlich zur Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung unter Leo Wohleb gekommen war: Wohleb war im August 1948 mit seinem gesamten Kabinett aus Protest gegen die französische Demontagepolitik zurückgetreten – faktisch blieb die Regierung freilich geschäftsführend im Amt. Jedoch hatte sich die Befürchtung des Staatspräsidenten bewahrheitet, denn der Rücktritt hatte im Grunde wenig Eindruck auf die Besatzer gemacht. Auch in der Bevölkerung herrschte kaum Interesse an staatsrechtlichen Fragen. Sofern – so die Feststellung der Herausgeber – überhaupt ein politisches Interesse vorhanden war, konzentrierte sich dieses auf den sich verschärfenden Ost-West-Gegensatz, hinzu trat die Angst, daß durch den Ost-West-Gegensatz die allmähliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation gefährdet werden könne. Zudem interessierte sich die Bevölkerung stärker für die ebenfalls allmähliche Konstituierung der westdeutschen Bundesrepublik. Insgesamt aber war das politische Interesse wenig ausgeprägt, vor allem standen noch immer Fragen des eigenen wirtschaftlichen Überlebens für die breite Bevölkerung im Mittelpunkt.

Eine etwaige Neubildung einer verfassungsgemäßen Regierung lag vor allem „in den Händen der CDU, die im Landtag über die absolute Mehrheit verfügte“ (S. VII). Zugleich aber war die CDU nicht an einer Neubildung der Regierung interessiert, da es ihr nicht gelang, eine Verminderung der Demontagelasten zu erreichen. Auch weisen Hochstuhl und Strauß darauf hin,

---

binett Blos November 1918 - Juni 1920 / bearb. von Ansbert Baumann. - 2013. - CXVIII, 690 S. : Ill. - ISBN 978-3-17-023032-3 : EUR 66.00. - **IFB 14-1**

<http://ifb.bsz-bw.de/bsz381279510rez-2.pdf>

<sup>2</sup> **Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern** / Red.: Martin Furtwängler ; Wilma Romeis. - Stuttgart : Kohlhammer. - 24 cm. - (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ; 3) [#0130]. - Bd. 1. Das Erste und Zweite Staatssekretariat Schmid : 1945 - 1947 / bearb. von Frank Raberg. - 2004. - CXXII, 546 S. - ISBN 3-17-018278-1 : EUR 48.00. - Bd. 2. Das Kabinett Bock : 1947 - 1948 / bearb. von Frank Raberg. - 2008. - CI, 494 S. - ISBN 978-3-17-019758-9 : EUR 42.00. - **IFB 11-3** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz250830590rez-1.pdf> - Bd. 3. Die geschäftsführende Regierung Müller: 1948 - 1949 / bearb. von Frank Raberg. Mit einer Einl. von Klaus-Jürgen Matz. - 2013. - LII, 445 S. - ISBN 978-5-17-022575-6 : EUR 39.00. - Rez.: **IFB 14-2** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz114779600rez-1.pdf>

<sup>3</sup> Bereits erschienen sind: Bd. 1. Die Landesverwaltung Baden und das Staatssekretariat Wohleb : 1945 - 1947 / bearb. von Kurt Hochstuhl. - 2006. - XCIX, 240 S. - ISBN 3-17-019225-6 : EUR 28.00. - Bd. 2. Das erste und zweite Kabinett Wohleb und die geschäftsführende Regierung Wohleb 1947 - 1949 / bearb. von Christof Strauß. - 2009. - LIV, 410 S. - ISBN 978-3-17-020511-6 : EUR 36.00. - **IFB 11-3** <http://ifb.bsz-bw.de/bsz250830590rez-1.pdf>

daß die Christdemokraten keineswegs voll handlungsfähig waren, vor allem nach der schweren Niederlage bei den Kreistagswahlen im November 1948. Nicht vergessen werden darf freilich, daß nicht nur das Thema „Alleinregierung oder Koalitionsregierung“, sondern auch „pro oder contra Länderneugliederung“ (S. VII) in der CDU mitunter eingehend debattiert wurde. Staatspräsident Wohleb geriet innerparteilich zunehmend stärker in die Kritik: Einerseits der Vorwurf eines „zu eigenmächtigen Vorgehens in der Frage der Neugliederung des deutschen Südwestens“ (S. VII), andererseits wurde dem Staatspräsidenten vorgehalten, gegenüber der Besatzungsmacht zu viele Zugeständnisse zu machen. Zeitweilig wurden bei den Christdemokraten sogar personelle Alternativvorschläge diskutiert. Hiervon kam man freilich wiederum ab, um nicht den Eindruck zu erwecken, den Attacken der oppositionellen Liberalen und Sozialdemokraten, die letztlich nicht für einen Regierungseintritt zur Verfügung standen, nachgegeben zu haben.

Zugeständnisse in der Demontagepolitik gaben schließlich am 22. Februar 1949 den Ausschlag „für einen Neustart“ (S. VIII). „Der Weg für Wohleb zur Bildung einer neuen ‚alten‘ Regierung“ (ebd.) war nunmehr frei. Am 22. Februar 1949 wählten 32 der 53 anwesenden Parlamentarier Leo Wohleb erneut zum Staatspräsidenten, gleichwohl, so Hochstuhl und Strauß, konnte man sich den „Eindruck eines Fehlstarts“ (ebd.) nicht ganz erwehren. So lag Wohleb gerade einmal eine Stimme über der absoluten Mehrheit, acht Stimmen waren für Anton Dichtel, sieben für Karl Person (beide hatten ja nicht einmal kandidiert) abgegeben worden, hinzu traten noch vier Stimmenthaltungen und zwei Stimmen gegen Wohleb.

Auch bei der Regierungserklärung konnte man eine unsichere Haltung des Staatspräsidenten erkennen. Zwar entwickelte dieser ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm, verwies aber gleichzeitig auf die Übergangssituation, die dessen Umsetzung fraglich erscheinen ließ.

Mit der Konstituierung der Bundesrepublik waren die Spielräume der Landesregierung ohnehin eingeengt worden. Zudem – Hochstuhl und Strauß arbeiten dies in der Einleitung heraus – hatte das kleine Baden nur geringfügigen Einfluß auf die Konstituierung und Entwicklung der Bundesrepublik. Immerhin, der Badische Landtag hatte im Gegensatz zu den beiden anderen südwestdeutschen Ländern ein ganz klares Bekenntnis für die Annahme des Grundgesetzes abgegeben, jedoch waren viele badische Wünsche im Grundgesetz unberücksichtigt geblieben. Gerne beispielsweise hätte Baden die Tabaksteuer den Ländern überlassen, genauso wie Wohleb sich eine stärkere Stellung des Bundesrates als Interessensvertretung der Länder erwartet hätte. Weitere Befürchtungen von christdemokratischer Seite wie die „nicht hinreichende Sicherung‘ des Elternrechts und der ‚religiösen Unterweisung der Jugend‘“ (S. IX) traten hinzu. Auch war Wohleb für Baden-Baden als Bundeshauptstadt eingetreten, „für den Fall, dass sich das französische Hauptquartier und die französische Besatzungsverwaltung in Mainz niederließen“ (S. IX). Der Vorschlag war völlig aussichtslos geblieben, zuletzt noch mußte Wohleb mit Verbitterung feststellen, daß trotz der

starken Stellung der CDU in Baden sein Landesverband bei der Bildung des Bundeskabinetts unberücksichtigt geblieben war.

Die fehlende Berücksichtigung badischer Interessen war um so bedauerlicher, „als das kleine Land, trotz seiner strukturellen Defizite und hohen Belastungen, eine wirtschaftlich wie sozialpolitisch durchaus ansprechende Bilanz aufweisen konnte“ (S. IX). So verweisen die Herausgeber darauf, daß es der Badischen Regierung trotz der ganz massiven Belastung des Landes durch die Franzosen gelungen war, den Haushalt einigermaßen im Griff zu halten bzw. zu gewährleisten, daß dieser zumindest „nicht vollkommen aus den Fugen geriet“ (ebd.). Auch die wirtschaftlichen Indikatoren besserten sich allmählich, beispielsweise war die Zahl der Industriearbeiter zur Mitte des Jahres 1949 fast schon wieder auf das Vorkriegsniveau angestiegen. Fortschritte im Außenhandel waren erkennbar, wie auch der Umsatz im Industriebereich von 1,6 Millionen DM im Jahr 1949 auf 3,3 Millionen DM im Jahr 1952 steigen sollte. Während des betrachteten Zeitraumes konnte allmählich wieder eine ausreichende Kalorienversorgung der Bevölkerung gewährleistet werden, genauso wie infrastrukturelle Investitionen (u.a. die Elektrifizierung der Oberrheinlinie) getätigt werden konnten. Abgerundet wird dieses durchaus positive Bild durch eine vorbildliche Sozialgesetzgebung, die sich am französischen Modell orientierte und auch die deutsche Sozialgesetzgebung über fast zwei Jahrzehnte, zumindest teilweise, prägen sollte.

Letztlich wurden ab 1949 die entscheidenden politischen Weichen nicht mehr auf Länderebene, sondern vielmehr in Bonn gestellt. Hochstuhl und Strauß zeigen auf, daß nur noch auf wenigen Gebieten die Badische Staatsregierung eigene Aktivitäten entfalten konnte. In den Kabinettsprotokollen stand dementsprechend häufig die Instruktion des badischen Bundesratsvertreters im Mittelpunkt.

Beschäftigt war das Kabinett vor allem mit der Diskussion über die Südweststaatsfrage. Im eigenen Land mußte man sich vor allem mit der Integration und Versorgung der Heimatvertriebenen auseinandersetzen. Sorgen bereiteten schließlich die insgesamt sechs durch den Krieg schwer zerstörten badischen Städte, Gaggenau, Achern, Neuenburg am Rhein, Freiburg im Breisgau, Breisach und vor allem Kehl (einschließlich seines Rheinhafens).

Alle drei Themenkomplexe werden von Strauß und Hochstuhl in ihrer Einleitung nochmals eingehend gewürdigt. Zudem wird die Einleitung durch einige Quellendokumente ergänzt. Darunter findet sich u.a. ein Protestschreiben Wohlebs an Adenauer, in dem dieser die angesprochenen Benachteiligungen seines Landesverbandes bei der Bildung der Bundesregierung beklagt. Hinzu treten erschütternde Dokumente über das Ausmaß der Kriegszerstörung in Breisach und Kehl, die Einblick in die entsetzliche Notlage der Bevölkerung geben. Ähnlich erschütternd sind aber auch die Verhältnisse, unter denen die Heimatvertriebenen z.T. noch zum Anfang der fünfziger Jahre in den verschiedenen Durchgangslagern leben mußten. Zu dieser Thematik ist eine Besprechung der Verwalter der Kreis- und Landesdurchgangslager für Flüchtlinge vom 26. November 1951 im Landesdurchgangs-

lager Freiburg-Betzenhausen abgedruckt. Der Bericht der Badischen Landeskreditanstalt für Wohnungsbau aus dem Jahr 1950 gibt schließlich Aufschluß über die Anstrengungen beim Wiederaufbau. Zuletzt findet sich im dokumentarischen Anhang noch ein Briefwechsel zwischen Leo Wohleb und Gebhard Müller, in dem die beiden Staatspräsidenten ihre grundsätzlichen Standpunkte zum Thema Südweststaatsfrage artikulieren. Zugleich erhält der Leser Einblick, mit welcher Gehässigkeit gerade diese Auseinandersetzung geführt wurde.

Die, wie immer, vorbildliche Edition der Protokolle wird ergänzt durch ein Personen-, Orts- und Sachregister, wodurch die Arbeit mit den Quellen ungemein erleichtert wird. Sicherlich bilden die Regierungsprotokolle einen wichtigen Beitrag für die landesgeschichtliche Forschung in den kommenden Jahren. Insofern gehört der Dank aller Interessierten auf dem Gebiet der südwestdeutschen Verfassungsgeschichte den Bearbeitern für die vorzügliche Edition.

Michael Kitzing

#### QUELLE

**Informationsmittel (IFB)** : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://ifb.bsz-bw.de/>

<http://ifb.bsz-bw.de/bsz250830590rez-1.pdf>